

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszahl 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Beratungen über die deutsche Denkschrift

London, 7. August. (Eigener Funkbericht unseres Sonderberichterstatters.) Die Abendkündigung der Chefdelegierten, die um 9 Uhr begann, wurde kurz nach 10 1/2 Uhr beendet. Ihr sachlicher Verlauf zeigte, daß die anfängliche Mißstimmung über den Begleitbrief zum deutschen Memorandum, der von der militärischen Räumung spricht, überwunden ist. Das ist zum Teil sicherlich auf den Inhalt des Memorandums selbst zurückzuführen, der auch bei der französischen Delegation nach genauem Studium nicht als ungünstig betrachtet wird. Immerhin bleibt bemerkenswert, daß die zunächst von Herriot bereits für Donnerstag in Aussicht genommene Besprechung mit Marg vorläufig aufgeschoben worden ist.

Die Behauptungen, daß innerhalb der französischen Delegation Erregung herrsche, weil die deutsche Delegation ohne Wissen Herriots mit Snowden verhandelt habe, sind falsch. Vorläufig wurde nichts unternommen, um derartige Verhandlungen überhaupt zustande zu bringen. In der Abendkündigung wurde zunächst von den Verhandlungen, die im Laufe des Nachmittags zwischen den alliierten und deutschen Sachverständigen stattgefunden haben, Kenntnis genommen. Diesen Beratungen der Sachverständigen lag das deutsche Memorandum zugrunde. Die von den Sachverständigen vorgeschlagene Arbeitsteilung fand die Billigung der Chefdelegierten. Die wichtigsten Fragen werden die Chefdelegierten selbst besprechen. Am Mittwochabend haben sie nur die ersten Punkte der Beschlüsse der ersten Kommission der alliierten Konferenz über die Feststellung der Verfehlungen erörtert. Man spricht davon, daß Fortschritte erzielt worden sind. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am Donnerstag um 11 Uhr werden die Beratungen der Chefdelegierten fortgesetzt. Gleichzeitig treten die Sachverständigen mit Einfluß der deutschen Sachverständigen zu einer Besprechung der Beschlüsse der zweiten und dritten Kommission der alliierten Konferenz zusammen.

Die gestrigen Verhandlungen.

London, 7. August. (WTB.) Ueber die gestrigen Verhandlungen berichtet "Times": In den Besprechungen der Sachverständigen am Nachmittag, bei denen Großbritannien durch Sir Eyre Crowe, Frankreich durch Soudou, Belgien durch Guit, Italien durch Jung und Deutschland durch Schubert vertreten war, seien nur Punkte erörtert worden, die vom zweiten und dritten Konferenzauschuß behandelt worden seien. Um 9 Uhr abends hätten die Sachverständigen dem Rat der Vierzehn ihren Bericht überreicht. In diesem seien die deutschen Bemerkungen in drei verschiedene Gruppen geordnet. Die erste enthalte Fragen, die vom Rat der Vierzehn selbst geprüft werden müßten: Amnestie, Reparationszahlungen und das Eisenbahnproblem. Die anderen von den Deutschen aufgeworfenen Fragen seien eingeteilt worden in solche, die die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes, und solche, die den Transfer (Ueberweisung) der Zahlungen betreffen. Es sei vorgeschlagen und angenommen worden, daß die Ausschüsse wieder zusammentreten sollten unter Teilnahme deutscher Mitglieder. Die so gebildeten Ausschüsse sollen heute vormittag um 11 Uhr wieder zusammentreten. Wie es heißt, habe der Rat der Vierzehn auch die Frage eines eventuellen deutschen Verzuges behandelt, und zwar zum erstenmal unter Beteiligung der Deutschen. Was die Hauptfrage, nämlich die militärische Räumung des Ruhrgebietes anlangt, so sei kein bestimmter Fortschritt zu verzeichnen. Der "Rat der Vierzehn" habe gestern vormittag diesen Punkt zu berühren sorgfältig vermieden, und wenn er auch am Anfang des deutschen Memorandums stehe, so gehe er doch nicht eigentlich die Konferenz an, sondern nur Deutschland, Frankreich und Belgien. Wahrscheinlich werde es so kommen, daß diese drei, sobald sie zu einer Verständigung gelangt seien, diese den anderen Mächten mitteilen würden, die dann ihre Bemerkungen machen würden. Dadurch werde der technische Teil der Arbeiten der Konferenz nicht gestört werden, doch müsse angenommen werden, daß die Unterzeichnung einer endgültigen Vereinbarung aufgeschoben werden müsse, bis irgendeine Vereinbarung in diesen entscheidend wichtigen Punkten erreicht worden sei.

Die Nachsichtigung der Konferenz.

Paris, 7. August. (WTB.) Ueber die Nachsichtigung der Konferenz berichtet der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London: Die Sitzung, die die alliierten Delegierten gestern abend mit den deutschen Ministern abgehalten haben, hat zuerst der Anhörung des Berichts gegolten, der im Laufe des Tages von den britischen Sachverständigen über die deutschen Bemerkungen abgefaßt und vom Unterstaatssekretär Sir Eyre Crowe eingebracht worden ist. Nach den Schlussfolgerungen des Berichtes Crowes bieten die deutschen Einwendungen zu den Berichten der drei Kommissionen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die Bevollmächtigten haben im Anschluß daran den auf die Feststellung der Verfehlungen bezüglichen Teil des deutschen Memorandums beraten. Stresemann habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Zustimmung der deutschen Regierung zu jeder von den Alliierten vorgeschlagenen Abänderung an dem Anhang II des Versailler Vertrages nötig ist, mit der Begründung, daß diese auch den ausländischen Geldgebern eine neue Garantie bieten dürfe. Gegenstand der Auseinandersetzungen war der Ausdruck "flagrante Verfehlungen", der im Sachverständigenbericht als Bedingung für die Durchführung von Sanktionen angeführt ist. Stresemann hat in diesem Punkt die Möglichkeit einer schiedsgerichtlichen Entscheidung verlangt. Nach französischer Auslegung müssen die Worte "flagrante Verfehlungen" im Sinne von "vorläufige Verfehlungen" aufgefaßt werden, wie es im Versailler Vertrag festgelegt ist, d. h. als "Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen aus mala fide".

liche Verfehlungen" aufgefaßt werden, wie es im Versailler Vertrag festgelegt ist, d. h. als "Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen aus mala fide".

Marg und Stresemann bei Macdonald.

London, 7. August. (WTB.) Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" mißt über die gestrigen Verhandlungen: Am Dienstag abend statteten der deutsche Reichszugler und der Außenminister Stresemann Macdonald einen Besuch ab und erörterten mit ihm gewisse Fragen bezüglich der auf der Konferenz zu befolgenden Verfahrensart. Diese spielte auch in den gestrigen Besprechungen der alliierten Minister untereinander und mit den Deutschen eine große Rolle.

Französische Angaben über die deutsche Denkschrift.

Paris, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Trotz der von der Londoner Konferenz am Mittwoch beschlossenen vorläufigen Geheimhaltung des deutschen Memorandums ist die Pariser Presse am Donnerstag morgen in der Lage, über dessen Inhalt sehr ausführliche Angaben zu veröffentlichen. Im ersten Teil des Memorandums, der die Frage etwaiger Verfehlungen und Sanktionen behandelt, wird von deutscher Seite geltend gemacht, daß die gefaßten Beschlüsse der alliierten Konferenz eine Abänderung des Friedensvertrages darstellen und deshalb der Zustimmung der deutschen Regierung bedürfen. Darüber hinaus wird angeführt, daß in dem Protokoll die Rede ist von Verfehlungen schlechthin, daß es sich aber nach dem Friedensvertrag lediglich um vorläufige bzw. böswillige Verfehlungen handeln müsse. Im Teil II, der der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes gewidmet ist, soll das deutsche Memorandum eine Abgrenzung der in dem Räumungsplan der alliierten Konferenz vorgesehenen Fristen innerhalb vier bis sechs Wochen verlangen, betragt, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Reiches spätestens zum 1. Oktober wiederhergestellt sei. Weiterhin wird das Ersuchen ausgesprochen, daß die Amnestie für die von den Alliierten verhängten Strafen und Ausweisungen vollständig sei und daß die Interalliierte Rheintandkommission in Zukunft auf das Recht, Ausweisungen vorzunehmen, verzichte. Das Memorandum fügt hinzu, daß, wenn die deutsche Regierung in diesem Punkte nicht die gewünschten Genugtuungen erhalten werde, sie sich außer Stande sehe, ihrerseits die wegen ihrer aktiven Unterstützung der Besatzungsbehörden, sowie die wegen Teilnahme an der separatistischen Bewegung Beurteilten zu begnadigen. Nach dem "Quotidien" ist man in Konferenzkreisen der Auffassung, daß über diese Punkte eine Verständigung dahin erzielt werden könne, daß sämtliche Regierungen eine vollständige Amnestie ohne Einschränkungen und Vorbehalte verfügen.

Der zweite Teil des deutschen Memorandums schließt mit einigen Vorbehalten gegen die von der Konferenz zugunsten der Anleihegläubiger ausgesprochene Priorität auf alle Einnahmequellen des Reiches. Teil III erklärt, daß die deutsche Regierung mit den Grundprinzipien der von der dritten Kommission gefaßten Beschlüsse über die Sachleistungen und Ueberweisungen einverstanden sei. Die deutsche Regierung erklärt sich zu der von den Alliierten geforderten Fortsetzung der Sachleistungen über das Jahr 1930 hinaus einverstanden unter der Voraussetzung, daß diese Leistungen auf dem Wege freier Abmachungen mit den deutschen Lieferanten sichergestellt werden und daß der deutschen Regierung das Recht eingeräumt werde, gegen die Entscheidungen der Reparationskommission über ein Lieferungsprogramm an eine schiedsgerichtliche Instanz zu appellieren. Außerdem lehne die deutsche Regierung es ab, die Garantie für solche Lieferungen zu übernehmen, die nicht im Friedensvertrage ausdrücklich vorgesehen sind, und sie verlange endlich, daß bei sämtlichen Naturalieferungen dem Eigenerbrauch Deutschlands und seinem Exportbedarf Rechnung getragen wird. Gegen die Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auf die Entscheidungen des Komitees für Ueberweisungen macht das deutsche Memorandum geltend, daß dadurch die Autorität dieses Komitees untergraben werde. Es erklärt jedoch, die Anrufung eines Schiedsrichters in einem bestimmten Fall anzunehmen, unter der Bedingung, daß auch der deutschen Regierung das Recht eingeräumt werde, gegen eine als ungerecht erscheinende Entscheidung zu appellieren, und daß in diesem Falle die Schiedsrichter gemeinsam von dem Komitee für die Ueberweisungen und der deutschen Regierung ernannt werden.

Das Spekulationsfieber.

Gaußtreiberei an der Börse.

Allen Dementis zum Trotz setzte heute am Anleihemarkt eine neue Haufe ein. Gegen mittag nannte man bereits Kriegaanleihe wieder mit 610, 3 1/2prozentige preußische Konsols mit 17,50 und Schutzgebietsanleihen mit 3 1/2. Besondere Gründe für diese neue Aufwertungshaufe liegen nicht vor. Man operiert immer wieder mit dem Hinweis auf eine kommende inländische Anleihe, bei der die alten Anleihen in Zahlung genommen werden sollen. Durch besondere Festigkeit zeichnete sich heute auch der Aktienmarkt aus.

Den Zwischenfällen auf der gestrigen Londoner Konferenz mißt man keine besondere Bedeutung bei. Die Börse glaubt aber, daß die Verhandlungen sich bis in die kommende Woche ausdehnen werden, da nach einer Einigung der Diplomaten auch die amerikanischen Bankiers zu Worte kommen müßten. Man glaubt aber zu wissen, daß von dieser Seite noch ganz bestimmte Sicherungen für die künftige internationale Anleihe gefordert werden.

Bayerische Gesetzgeber.

Ein Berliner Parteigenosse, der eben aus Bayern zurückgekehrt ist, sendet uns die nachstehende Zuschrift, die die bayerischen politischen Zustände wirkungsvoll beleuchtet.

In Bayern herrscht große politische Unzufriedenheit. Ich war bemüht, die Quellen dieser unerfreulichen Erscheinung aufzuspüren; vergebliches Unterfangen! Schließlich schien mir noch die zutreffendste Charakteristik der Aussprüche jenes einfachen Mannes zu sein, der mir sagte: „So, unzufrieden seid mir schon; denn hent is alles Dred. Und der Jud! Der Jud vor allem.“ Als ich mich erkundigte, was der „Jud“ denn eigentlich verbrochen habe, erhielt ich die Antwort: „So, jedweder sagt ja doch, der Jud sei schuld.“ In diesem tief sinnigen Ausspruch liegt ernste politische Wahrheit. Zwar nicht „jedweder“ sagt, der „Jud“ sei schuld; aber nicht wenige sagen es, und andere sagen, die Revolution sei schuld oder die Republik, und weil sie es sagen, wird es geglaubt.

Bayern ist ein Patient, ist, wie ganz Deutschland, krank am unglücklichen Kriege, und wenn diese Nachkriegs Krankheit von jenen Kreisen, die am Ausbruch des Krieges die Mitschuld tragen, auf den „Jud“ zurückgeführt wird, so sagt ohne viel Nachdenken der bayerische Spießer — und wo gibt es in Deutschland keine Spießer? —: „So, der verdammte Jud.“

Aus dieser Stimmung heraus hat das bayerische Parlament in mehreren Sitzungen die Judenfrage bis in die letzten Tage seiner Verhandlungen erörtert. Diese Verhandlungen sind überaus bezeichnend gewesen; bezeichnend in zweifacher Beziehung. Ein Sündenbuck sollte gefunden werden. Der ist immer vorhanden, wo es Juden gibt; dem stimmte so ziemlich das ganze Parlament zu, ausgenommen natürlich unsere Parteigenossen, die sich auf dieses Quacksalberzept nicht verpflichten ließen. Nun ergab sich aber die Schwierigkeit, wie den Juden an den dürren Leib kommen? Und da sich ein brauchbares „Banzepulver“ — das ist ein Ausspruch von Bismarck — nicht finden ließ, so wurde aus der antisemitischen Attacke nichts, gar nichts. Die Antisemiten gingen aus dem bayerischen Parlament mit leeren Händen nach Hause; nicht einen Judenstap, auch nicht den kleinste Judenstap konnten sie ihren heimischen antisemitischen Freunden aufweisen. Schauderhaft, höchst schauderhaft diese Tücke, mit der man den Antisemiten die edlen germanischen Hände bindet; und viele dieser Hände sind vielleicht gar nicht einmal auf Arminius und Thusneldehen zurückzuführen!

Die Anträge im einzelnen durchzugehen, lohnt gar nicht der Mühe. Die Juden sollen ihren Namen nicht ändern dürfen. Und wer sollte sich dafür begeistern, daß Cohn sich plötzlich Ludendorff nennt? Fremdländische Juden sollen ausgewiesen werden; allein die Folge solchen Vorgehens ist schon gewesen, daß alsdann Polen die Deutschen christlichen Bekenntnisses ausweist, und wenn die Juden unter solchen Umständen: Au weil rufen sollten, so äußern sich die aus Polen vertriebenen Deutschen alsdann kraftvoll: Hof der Teufel diese verbreiteten bayerischen Antisemiten, die uns um unser Leibes bringen. Rahr hat solche freundlichen Anreden über sich und seine weit-sichtige Politik bereits seinerzeit ergehen lassen müssen. Also Ergebnis der Debatten: Nichts, aber auch gar nichts! Nicht das geringste Ergebnis, außer einigen blamablen Debatten für die Antisemiten, die mit gänzlich leeren Händen heimkommen. Und das ist um so schlimmer für sie, da nicht nur ihre Hände, sondern auch ihre Taschen leer sind; da ihre Taschen, die bis vor kurzem reichlich, sehr reichlich mit Papiergeld gepackt waren, heute sich im Zustand völliger gedlicher Erschöpfung befinden. Und da zum politischen Kriegsführen Geld, heute viel Geld gehört, ist dieses Symptom nicht ohne Wichtigkeit.

Ich hatte Gelegenheit, Einsicht in einen Brief zu erhalten — freilich in Norddeutschland —, der nach dieser Richtung hin aufschlußreich ist. Dem Inhalt nach besagte dieser Brief eines antisemitisch-reaktionären Herrn von sehr erheblichem Einfluß etwa folgendes:

„Unsere antisemitischen Hilfstruppen, die unverfälschten Antisemiten, sind bisher von uns mit alzu leichter Hand auf Treppe geritten worden; das reicht nicht aus; man kann die Kanone nicht entbehren; und das versteht auch bereits Ludendorff, dem politisches Verständnis nicht gerade leicht beizubringen ist. Man kann mit antisemitischen Redensarten nicht innere und äußere Politik in so ernsten und erregten Zeiten treiben. Wir werden eben die Antisemiten in Ordnung halten müssen. Entweder sie werden vernünftig oder sie sollen sehr schnell politisch an Geldmangel — verrecken. Die Entziehungskur ist bereits eingeleitet. Natürlich bleiben wir Konservativen unserer antisemitischen Gesinnung treu, aber wir können nicht wie ein gereizter Bulle gegen Mauern anrennen, wo sie am dicksten sind.“

Als ich diesen Brief las, den ich hier aus dem Gedächtnis wiedergegeben habe, fand ich seine Charakteristik der Lage sehr gut, und namentlich das Bild von dem Bullen war mir einleuchtend und eindrucksvoll, so wie der liebliche Ausdruck „verrecken“, auf Freunde angewandt, recht freundlich erscheint. Das „Verrecken“ einer Reihe antisemitischer Zeitungen hat übrigens bereits in Bayern und außerhalb Bayerns begonnen. Auch der „arische“ Mammon scheint ein strenger Gott zu sein.

Und wenn man nun diese ganze Entwicklung überblickt; diese Auspeitschung aller dunklen Instinkte des Mißbehagens, der Verzweiflung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, diese bayerischen Leidenschaften, die sich nicht allein gegen die winzige Anzahl der bayerischen Juden, sondern ebenso gegen das Reich, gegen den gesamten Reichsbau richtet, gegen die gesamte moderne Entwicklung, dann muß man fürchtend in die Zukunft blicken und besorgt sich fragen: Wie

soll dieses Gift unschädlich gemacht werden? Und gelingt es, dieses Gift zu beseitigen, bevor es die schwersten Schädigungen im Körper unseres Vaterlandes hervorgerufen hat?

Es zeigt sich in Bayern besonders deutlich, und gerade bei der neuesten Debatte, die oben erwähnt wurde, am allerdeutlichsten, daß für die Reaktion der Antisemitismus nichts ist als ein Vorwand; ein Vorwand für ihre rückwärtigen Absichten. Die allgemeine-antisemitischen Forderungen schiebt man beiseite und der Antisemitismus hat zu kämpfen für den Partikularismus und für die Wiederaufrichtung der Throne und der reaktionären Herrschaft gegen die Republik und gegen die moderne Entwicklung; nur dazu braucht man ihn.

Stinnes Erbe.

Wegen Zeitungstörung sofort entlassen.

Vor einem Berliner Gericht spielte sich dieser Tage eine Verhandlung ab, die den „sozialen Geist“ der Industriedespoten glänzend charakterisiert. Vor dem Richter erscheint eine frühere Telephonistin des Verlages der „D. A. Z.“ und verlangt, daß in ihrem Zeugnis als Kündigungsgrund ein Irrtum des Verlages angegeben werde. In der Verhandlung stellt sich folgendes heraus:

„Dr. Edmund Stinnes ließ sich von Frankfurt a. M. aus mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ telephonisch verbinden, bekam aber von der Zentrale der „D. A. Z.“ nicht die verlangte Verbindung mit der Redaktion. Ohne nach der Ursache dieses Mißgeschicks zu fragen, erteilte Dr. Stinnes telephonische Anweisung, die Telephonistin, welche in der Zentrale die betreffende Leitung zu bedienen hatte, sofort zu entlassen. Der Befehl des Vorgesetzten der „D. A. Z.“ wurde ohne Säumen ausgeführt. In diesem Fall funktionierte die Leitung tadellos. Vergessen hierbei die Telephonistin darauf, daß sie an der mangelnden Verbindung nicht schuld sei, sondern daß eine Störung in der Leitung vorlag. Jede Telephonistin und jeder Redakteur der „D. A. Z.“ wisse aus Erfahrung, daß die Frankfurter Leitung oft gestört sei. Aber dieser Einwand half nichts. Dr. Stinnes hatte befohlen und sein Befehl mußte ausgeführt werden. Die Entlassene erhielt ihr Gehalt für die Kündigungszeit nebst einem Abgangszeugnis, in dem als Ursache der Entlassung ein dienstliches Versehen der Telephonistin angegeben war. Mit einem solchen Zeugnis in der Hand konnte die Entlassene wohl kaum eine neue Stellung finden. Sie klagte deshalb beim Kaufmannsgericht auf Ausstellung eines Zeugnisses, worin als Entlassungsgrund ein Versehen seitens der „D. A. Z.“ angegeben werde. Dessen weigerte sich aber der Vertreter der „D. A. Z.“, weil eine solche Angabe der Ueberzeugung der Firma widersprechen würde.

Die Klägerin bezeichnete das Vorgehen der Firma gegen sie als brutal, um so mehr, als sie durch die Entlassung auch um ihren Urlaub von 10 Tagen gekommen sei. Auch habe man von ihr verlangt,

„Sie solle wegen ihrer Entlassung nicht klagen und nichts davon in die Öffentlichkeit bringen.“

Ein Beweis, daß die Angeklagten des Herrn Stinnes in der „D. A. Z.“ das Vorgehen ihres Vorgesetzten gegen die Telephonistin wohl selber nicht für einwandfrei halten. Auch der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts gab dem Vertreter des Beklagten zu verstehen, daß andere Arbeitgeber in solchem Falle nicht so gegen eine Angestellte vorgehen würden. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich die Klägerin nicht mit einer Beschwerde an den Angestelltenrat gewandt habe, um ihre Entlassung als unbillige Härte anzufechten, antwortete die Klägerin, das habe sie nicht tun können, denn einen Angestelltenrat gebe es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht.

Recht und Unrecht waren in diesem Fall so eindeutig geklärt, daß der Vertreter des Verlages sich bereit erklärte, der so behandelten Telephonistin eine Entschädigungsumme zu zahlen. Für die Deffinitivität bleibt übrig, daß Herr Edmund Stinnes wohl zur Genüge charakterisiert ist. Die Firma Stinnes versteht es offenbar sehr gut, nicht nur den Staat um die Erbschaftsteuer zu pressen, sie weiß auch „sozialen Geist“ in ihrer Art zu „betätigen“.

Lochstedt.

Deutschböllisches Lob für einen Sozialdemokraten.

In der „Deutschen Zeitung“ stimmte dieser Tage ein begeisterter Deutschböllischer ein Jubelstich an über die Entwicklung der Lochstedter Heide. Dieser große ehemalige Truppenübungsplatz lag vor vier Jahren noch da und wüßt da, ist aber inzwischen völlig urbar und zu einer glänzend gedeihenden landwirtschaftlichen Siedlung gemacht worden. Es heißt in der Beschreibung:

„Wo man noch vor kurzem in tieferem Heidekraut verlor, da wogen übermannshoch die ährenreichen Rämme eines unübersehbar Getreideerces. Wie an einer für die Augen undurchdringlichen oft zwei Meter hohen Mauer geht man entlang.“

Man liest die ganze lange Abhandlung mit schmerzlichem Vergnügen, weil das überchwängliche Lob, das der völkische Lochstedter Schwärmer mit Recht der Lochstedter Heide in ihrer neuen Gestalt darbringt, einem Mann dargebracht wird, dem gegenüber die Bälligkeit sonst mit ihrem Lob recht sparsam sind. Der Schöpfer der Siedlung auf der Lochstedter Heide, der Mann, der monatelang, ja beinahe jahrelang auf das heftigste und zäheste darum gekämpft hat, daß aus dem öden Truppenübungsplatz ein blühender Siedlungsbezirk mit weiten Getreideanbauflächen geschaffen würde, war niemand anders als — unser Genosse Otto Braun, der jetzige Ministerpräsident und damalige preussische Landwirtschaftsminister!

Er hatte die unglaublichen Schwierigkeiten bei den Offizieren des Reichsheeres zu überwinden, die sich mit aller Gewalt dagegen sträubten, daß der Platz für Truppenübungen verloren ginge und für vernünftige Zwecke der Volksernährung nutzbar gemacht würde. Wenn es nach den Absichten der Reichsheeroffiziere gegangen wäre, so wäre die Lochstedter Heide noch heute eine große, dürre Wüste, auf der höchstens ein paar mögliche Heidschäden groß könnten. So aber, durch die Arbeit eines sozialdemokratischen Politikers, der alle künstlich aufgetürmten Schwierigkeiten überwunden hat, sind viele deutsche Volksgenossen auf dem 3000 Hektar großen Terrain angeheilt und ist ein Stück wirklichen Neulandes zum Wohle des Volkes geschaffen worden. Den Herren, die vor vier Jahren der Ansicht waren, es sei wertvoller, diese 3000 Hektar von Soldatenstiefeln zerstampfen zu lassen, empfehlen wir angelegentlich, auf Grund der Lektüre der „Deutschen Zeitung“, die Beschäftigung des Lochstedter Bogers, wie es sich heute mit seinen wogenden Getreidefeldern darstellt.

Der neueste Universitätskampf.

Aus Heidelberg wird uns geschrieben:

Bereits in seiner ersten Bernehmung hatte Dr. Gumbel sein Bedauern über den unglücklichen von ihm verwendeten Ausdruck ausgesprochen. In einem längeren Schreiben an den engeren Senat, das die gesamte Heidelberger Presse gestern unverkürzt wiedergab, hat er dies Bedauern nochmals wiederholt. Die Gelegenheit hat in Heidelberg großes Aufsehen erregt. Eine Entschädigung der dortigen Kriegsschadigenorganisation hat sich für Gumbel ausgesprochen. Die Zentrums- und demokratische Presse und selbst die völkischparteiliche rechte Gumbel nicht feindlich gegenüber. Sie betonen, daß es unzulässig ist, um eines einzigen unglücklichen Ausdrucks willen ein Mitglied der Universität zu entfernen. Die Universität jedoch teilt diesen gemäßigten Standpunkt der öffentlichen Meinung nicht. Das Rektorat schreibt heute den Zeitungen, daß die Fakultät und der engerer Senat sich in ihren Berichten an den Minister für eine Entziehung der Lehrberechtigung ausgesprochen haben. Wohl aus demonstrativen Gründen hat die Universität einen ihrer größten Säle heute für eine völkische Demonstration zur Verfügung gestellt.

Der gestrige Landtag war im wesentlichen dem Fall Gumbel gewidmet. Die Tribünen waren überfüllt, der sozialdemokratische Abgeordnete Häber hielt eine große Rede, in der er den Heidelberger Universitätsfall in Zusammenhang mit den großen Schul- und Hochschulfragen behandelte und eine eingehende Parallele zwischen der Langmut des Unterrichtsministers gegen Benard

und dem raschen Vorgehen gegen Gumbel zog. Auch der völkischparteiliche Abgeordnete betonte, daß der Ausdruck „Feld der Unruhe“ hätte vermieden werden sollen, sprach sich aber sonst nicht gegen Gumbel aus. Ein kommunistischer Antrag verlangte, daß der Landtag die Maßregelung Gumbels mißbillige und die Regierung auffordere, ihn wieder in sein Amt einzusetzen. Dieser dem Haushaltungsausschuß überwiesene Antrag wurde jedoch sofort überholt durch eine Erklärung des Kultusministers. Sie lautet: „Nachdem Brinardogant Dr. Gumbel in einem an den engeren Senat der Universität Heidelberg gerichteten und dem Unterrichtsministerium mitgeteilten Schreiben sein Bedauern über die von ihm gebrauchte Redewendung ausgesprochen hat, ist durch das Unterrichtsministerium die Aufhebung der sofortigen Entziehung vom Amt verfügt. Der Gang des gegen Dr. Gumbel eingeleiteten Verfahrens bleibt hieran unberührt.“

Demnach hat das Ministerium also Dr. Gumbel wieder in seine früheren Rechte eingesetzt, doch ist diese Aufhebung der früheren Suspendierung selbst nur wieder als vorläufig zu betrachten. Der Kampf, der bisher innerhalb der Universität geführt wurde, ist gegen Gumbel, das Ministerium aber hat sich vorläufig für Gumbel entschieden. Es wird interessant sein, welche der beiden Kräfte die Oberhand behält.

Nationale Würde.

Barbasse und Suchomlinow.

Seit Tagen tobt die deutschnationale Presse darüber, daß Henry Barbasse in Greifswald vor Arbeitern reden sollte. Natürlich war das eine schändliche Verletzung der „nationalen Würde“.

Aber was ist das? Nun öffnet die „Deutsche Tageszeitung“ ihre stramm nationalen Spalten einem Artikel des Generals B. Suchomlinow, bei Kriegsausbruch kaiserlich russischer Kriegsminister! Jahrelang hat gerade unsere nationalstolze Presse Herrn Suchomlinow als den eigentlichen Unstifter des Weltkriegs bezeichnet, der den Zaren aufgehoben, durch Betrug zur Untertänigkeit der Robilmachungsorder verleitet und auch sonst schon jahrelang mit Frankreich Klänke gegen Deutschland gesponnen habe. Ein Teil davon ist sicher richtig. Herr Suchomlinow gehört zu den Hauptkriegsschuldigen auf der Entente-Seite. Aber daß dieser Mann jetzt in deutschen, sogar deutschnationalen Blättern schreibt, das verleiht nicht die „nationale Würde“! Die „Deutsche Tageszeitung“ versichert uns, Suchomlinow sei gar nicht der „Deutschen Freier“, als den ihn die Kriegspropaganda hingestellt habe — nebenbei ein hübsches Selbstbekenntnis —, sie findet es auch ganz in der Ordnung, daß dieser Mann, der ihr einen „sympathischen Eindruck“ macht, seit zwei Jahren in Deutschland nicht geniesst!

Deutschenfreier hin, Deutschenfreier her — Suchomlinow gehörte unteufelbar zur russischen Kriegspartei. Er darf nichtsdestoweniger in einem deutschnationalen Blatt auftreten und öffentlich schreiben, ohne daß die deutsche Würde dadurch irgendwie gefährdet ist!

Aber Henry Barbasse, der zeitweilige Friedensfreund und Freund des deutschen arbeitenden Volkes war, der versteht die nationale Würde! Wer würde, merkwürdig!

Deutschnationale Schmerzen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Am 3. August, dem Gedentag der Gefallenen, wehte auf dem Fels des alten Kaisers die schwarzrotgoldene Fahne. (Hörbar! Die Red.) Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, 1. um der Reichswehr, die am nächsten Sonntag gefeiert werden soll, auch in Preußen zu ihrem Recht zu verhelfen? 2. Um die an ihre geschichtlichen Vergangenheit hängenden Bevölkerungskreise vor Provokationen (!) durch die preussische Staatsregierung zu schützen?“

Die Deutschnationalen scheinen wirklich anzunehmen, daß sie mit Frechheit auf irgend jemanden Eindruck machen. Wir haben wenigstens noch nie gehört, daß ausgerechnet die Deutschnationalen die Bevölkerung vor Provokationen schützen wollen.

Bilder vom Bodensee.

Von Leopold Böcke.

Wir lagern am Ufer, auf einer vorspringenden Sandbunge des kleinen bayerischen Anteils am Bodensee. Zur Linken das malerische auf eine Insel gezwängte Lindau, die südlichste Stadt Deutschlands. Etwas weiter hin, am östlichen Kopfende des Sees, taucht Bregenz auf, Borarlbergs Hauptort, am Fuße des Pfänders, des Ausläufers des herrlichen Bregenzer Waldes, den man im Hintergrunde zu den Hochgipfeln der Borarlberger Alpen aufsteigen sieht. Dann folgt, bevor auf schweizerischer Seite das Ufer wieder ansteigt, ein tiefer Einschnitt, die Mündung des Rheines, der sich hier in den See ergießt. Hier zwischen Bregenz und Rheineck, hat der grüne Strom ein breites, flaches Delta angeschwemmt. Eins der Brutkolonien der Schwäne befindet sich hier. Diese Vögel beleben überall den See, und oft folgen sie scharenweise betende Personen dampfern. Im Hintergrunde des Rhein-Einschnitts der mächtige, schneegekrönte Gebirgsstock der Scaplania, daran anschließend die schneeigen Alpen Graubündens. Dann schiebt sich, uns gegenüber, von Rheineck gegen Rorschach, Romanshorn und weiterhin, ein grüner Berggraben das ganze schweizerische Südufer entlang. An sich einflüchtig, aber wirksam als Jolla für die scheinbar unmittelbar hinter ihm aufragenden, schneebedeckten Gebirgen des Säntis, des nördlichsten Gebirgsstockes der schweizerischen Hochalpen. Alle diese Gipfel Borarlbergs und der Schweiz sind nicht immer und nicht immer auf einmal sichtbar. Wolken und Nebel verhüllen bald den Bild, bald geben sie immer wechselnde Ausschnitte des Panoramas frei, so daß das Bild sich fast ständig ändert. Es ändert sich weiter mit jedem Schritt, den wir machen, dann verschleiden die Rämme und Gipfel sich luftigartig ineinander. In diesem Wechsel des alpinen Bildes liegt ein Hauptreiz des Sees, der hier, von der bayerischen Seite aus gesehen, seinen malerischsten Hintergrund besitzt.

Der See, der dreißigste Binnensee Mitteleuropas, ist überall in seiner Breite (bis zu 13,5 Kilometer) zu überschauen. An seiner Längsrichtung aber verschwindet er mit dem Horizonte, nur hier und da unterbrochen durch die Silhouetten der Dampfer und Segelboote. Das bayerische Ufer, wie das deutsche Ufer überhaupt, ist eine weisse Moränen-Landschaft, aus der weiter im Westen der aus Schaffens „Eckhard“ allgemein bekannt gewordene Höhenriegel und andere erfolgreiche Vulkankegel hervorragen. In der Nähe des Ufers gleicht die Landschaft mit ihren unzähligen Gärten, Obst- und anderen Kulturen einem einzigen Parke, aus dem auf Schritt und Tritt in üppigster Fülle erblühende Rosenhecken aufblühen.

Der See ist grün, aber die Lösung dieser Farbe wechselt andauernd. Selten ist der Spiegel fast glatt, fast immer ist er bewegt. Nach einer Folge heißer Sommertage erhebt sich die Temperatur

des Wassers bis zu 23 Grad Celsius, und in den Badeanstalten ist es dann am lebendigsten. Im Wasser umspielen uns Barsche und „Mand“ genannte Fische. Die Spezialität des Sees, die Blauselchen aus dem Geschlecht der Cichliden, bekommen wir lebendig nicht zu sehen. Sie bleiben dem Ufer fern, ihre Nahrung ist das Plankton. Hat man Gelegenheit gehabt, die wasserhellen, zarten Organismen dieses Planktons zu sehen, so begreift man die Zartheit und den Wohlgeschmack des Fischfisches dieser Fische, die für die Einwohner des Bodensees in wirtschaftlicher Hinsicht eine so große Rolle spielen. Eben legt ein Motorboot an, das mit seinen Reihen vom Blauselchen-Fang zurückgekehrt ist. Die oberwärts bläulichen, unten silberweißen, im Mittel etwa fußlangen Fische werden an Ort und Stelle marktfertig gemacht und in Körbe gelegt.

Orgelma im Westen hat sich ein Wetter entladen. In kurzer Zeit rauscht es über den See, und mit weißen Schaumkämmen jagen die Wellen hintereinander her und branden an die Ufer. Am andern Morgen aber scheint die Sonne wieder, und wir machen, ehe wir vom Bodensee Abschied nehmen, noch einen Abstecher mit dem Dampfer nach Weersburg, Konstanz und nach der Reutau. Auf dieser berühmten Park-Insel bewundern wir die üppigste Vegetation, die Deutschlands Klima herorzubringen vermag. Palmen, Cypressen und Bambus im Freien, gewaltige Bäume, darunter mächtige Tulpenbäume, Wellingtonien und viele andere exotische Gewächse und deren üppige Entfaltung gewähren einen südlichen Eindruck, den die helle, heiße Sonne verstärkt. Und dann trug der Dampfer uns noch einmal über den See, zurück nach Lindau, und noch einmal nahm das Auge das ständig wechselnde Panorama auf, um im Berliner Alltagsleben noch lange an wundervolle Eindrücke zurückdenken zu können.

Seefahrer und Romandichter. Der englische Schriftsteller Joseph Conrad, dessen Abschied schon kurz gemeldet ist, war einer der meist gelesenen britischen Romanautoren, der seine Bekanntheit in der Hauptsache seinen Seegeschichten zu danken hatte. Der Verstorbene, der am 6. Dezember 1857 geboren wurde, war weder Engländer von Geburt noch Schriftsteller aus Neigung. Seine Wiege stand in Polen und seine Kindheitserinnerungen beschränken sich auf einen schneebedeckten Gefängnishof, auf dem Kolaken herumjagten. Die die Gefangenen wie eine Schafherde zusammenrieten. In der Verbannung in Sibirien, wohin das Kind mit der Mutter dem Vater gefolgt war, erwachte seine Neigung zur See, die durch die Lektüre englischer Romane geweckt worden war. Um seine Abenteuerlust zu befriedigen, kühlte der polnische Junge aus Sibirien und nahm Dienst als Schiffsjunge auf einem englischen Segelschiff. Als Matrose und Steuermann durchfuhr er alle Meere, lernte die Küsten von Borneo und Sumatra, die weitverstreuten Flüsse des Kongo und das Märchenland der Südpole kennen, und trieb sich in den verrufenen Hafeninseln von Marokko wie in den noch verrufenen des fernen Ostens herum. Er kletterte auf seinem Rücken Getreidesäcke und arbeitete von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends

als Hafenarbeiter in den Londoner Docks. Zu seinem Vergnügen schrieb er das, was er gesehen, nieder, und so entstand sein erster Roman „Almayers Folly“, an dem er sechs Jahre arbeitete. Auf den Rat von John Galsworthy, mit dem Conrad auf einer Reise nach Australien bekannt geworden war, schickte er das Manuskript an einen Verleger nach London. Der Erfolg des Buches, das durchaus nicht zu seinen besten gehört, war enorm. Obgleich Conrad Deutsch, Französisch und Russisch gleich fertig sprach und schrieb, wählte er als Schriftstellersprache das Englische und wurde so der gelehrte der modernen englischen Autoren. In er galt in England als besonders erlebter und vorbildlicher Stilist, dessen Englisch musterhaft war. Aber sein Herz war nicht bei der Gasse. „Schreiben ist für mich eine entsetzliche Qual“, erklärte er nach kurz vor seinem Tode. „Ich bin als Seemann geboren und aufgewachsen, und bis zur Stunde greife ich nur mit Anstalt zur Feder.“ Für die großen transatlantischen Dampfer hatte er, der stets auf Segelschiffen gefahren war, nichts übrig.

„Simon und Dalila“ im Renaissance-Theater. Des Dänen Egon Langes Tragödie, die diesen alten Stoff in einem modernen Feuilletonstil überführt, ist mehr Kino als Theater. Der neue Simon ist der Dichter Peter Krumbak, die neue Dalila seine Frau, die Schauspielerin, die Verkörperung des Philters der Großhändler Meyer. Die Frau verrät ihren Mann an den Philtzer, der dumm, geschmacklos, aber reich ist und dafür vom Dichter mit eiferfüchtigen Bosheiten traktiert wird. Der zweite Akt ruht den alten Text aus: Die Bühne auf die Bühne zu bringen. In einer Bühnenprobe, in der Krumbaks symbolische Tragödie „Simon und Dalila“ gespielt wird, geht das Stück in die Wirklichkeit über. Krumbak, der den Simon einem talentvollen Rimen vorspielt, fällt den zufällig hinzukommenden Meyer an, Dalila entflieht. Dieser Akt ist wenigstens amüsan und rührt zuweilen an Menschliches. Im Schlußakt kehrt Krumbak, innerlich zerrissen und verstört, in seine Wohnung zurück, überreicht das Philtzerpaar, das eben von der Bremiere seines Stückes kommt, über aber nicht sie — sondern sich. Nur Walter Brand (als Krumbak) hat höheres Interesse, er vertiefte die zwischen Brutalität und Versteigerung schwankende Gestalt, kreistensigen Tragödie und ließ Blide in ein von der Liebe zu einer Unwissenigen verstrampfes Herz tun. Die Tschschowa war nur in der Realität des zweiten Aktes fimmernd, sonst wenig überzeugend. Aus dem Großhändler Meyer modelte sich Paul Mary eine sehr hübsche Figur mit einem Stück ins Graueske zurecht.

Mag Liebermann wieder Akademiepräsident. Zum Präsidenten der Berliner Akademie ist für das Amtsjahr 1924/25 wiederum Professor Mag Liebermann gewählt worden. Der Senat der Akademie hat dabei eine Ausnahme von der Bestimmung gemacht, daß eine Wiederwahl nur nach einer Unterbrechung eintreten kann.

Die Euphorion-Ausstellung, Charlottenburg, Palmenstraße 65, am 30. eröffnet am 9. August 1924 eine Graphikausstellung von Louis Lantier.

Liebnachts Briefe ins Fremdsprache überführt. Karl Liebnachts „Briefe von der Front und aus dem Gefängnis“ sind von Francis Kreis und Paul Ballant-Conturier ins Französische überführt.

Amlich wird mitgeteilt: Um zu verhindern, daß das Spielen von Militärkapellen für militärische und sonstige Sonderzwecke mißbraucht wird...

Diese neue Verfügung ist offenbar veranlaßt durch dauernde Mittelungen in der Presse über die Teilnahme von Reichswehrkapellen an völkischen und monarchistischen Demonstrationen...

„Ein gefährliches Spiel“.

Amlich wird mitgeteilt: In einigen Blättern wird darüber Beschwerde geführt, daß die vom Reichstage beschlossenen erhöhten Sätze der Erwerbslosenunterstützung noch nicht veröffentlicht worden seien...

Die erhöhten Renten der Kriegsofoper.

Die neuen, mit dem 1. August d. J. in Wirkung getretenen Bestimmungen über die Erhöhung der Versorgungsgebühren für die Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen sind nun im Reichsgesetzblatt bekanntgemacht...

Wie außerordentlich gering sich die neue Erhöhung zahlenmäßig auswirkt, dafür ein paar Beispiele: Ein 30prozentiger Kriegsbeschädigter bezog zuletzt, und zwar in der höchsten Dreiklasse, eine Monatsrente von 6,60 Goldmark...

Ein um 40 Proz. in der Erwerbsfähigkeit herabgesetzter Kriegsbeschädigter mit zwei Kindern erhielt bisher einschließlich der Kinderzulage eine Monatsrente von 12,28 Goldmark...

Die Beispiele genügen, um darzutun, wie gerechtfertigt der vom Reichstag abgelehnte sozialdemokratische Antrag war die künftigen Grundrentenbeträge der Verordnung vom Dezember 1923 mindestens zu verdoppeln.

Die Republik marschiert.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat in letzter Zeit im Freistaat Oldenburg und im benachbarten Ostfriesland starken Zuwachs bekommen. In der Stadt Oldenburg ist die Gruppe auf über 400 Mitglieder angewachsen...

Reichsbanner-Statistik.

Die „Münchener Post“ teilt gelegentlich einer Polemik über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit: Unter den ersten 1000 Aufgenommenen sind Offiziere 12, Offizierskandidaten 524, das sind 756 Kriegsteilnehmer...

Die 244 Nichtkriegsteilnehmer des ersten Tausend sind ältere Jahrgänge und Militärliebe der Jugendabteilung. Wenn uns eine gleichwertige Statistik einer völkischen Organisation vorgelegt wird, geben wir dem Ueberbringer Einblick in unsere Statistik über das erste Tausend.

Flucht aus Stadelheim.

München, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Schriftsteller und Kurier der KPD-Zentrale in Berlin, der österreichische Staatsangehörige Dr. Paul Frank, der kürzlich wegen Teilnahme an einer geheimen kommunistischen Tagung in München zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist aus dem Gefängnis in Stadelheim (bei München) entflohen.

Am 8. Juli 1924 wurde von allen am Kraftfahrzeugverkehr unmittelbar interessierten Verbänden und Vereinen eine Organisation gegründet, die den einzigen Zweck verfolgt, eine glatte und möglichst reibungslose Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs in engerer Zusammenarbeit mit den Verkehrsbehörden herbeizuführen...

In der Abwehr getötet.

Aufklärung des blutigen Vorfalles im Ofen. Der Zusammenstoß auf dem Grundstück Frankfurter Allee 315, bei dem der Hausverwalter Kriminalassistent Ludwig Wolf die Pferdehändler Lufzack und Jawistowski durch je einen Pistolenschuß so schwer verletzete, daß sie bald darauf starben, ist jetzt aufgeklärt.

Wolf stand abends kurz vor 7 Uhr mit seiner Frau auf dem Hofe und sprach mit ihr über die dort befindlichen Stallungen und Remisen. Er hatte festgestellt, daß der Pächter eines Raumes auch fremden Leuten erlaube, ihre Handwagen unterzustellen. In diesem Augenblicke kam nun dieser Pächter auf den Hof gefahren. Wolf machte ihn auf das Unerlaubte seiner Handlungsweise aufmerksam und unterlagte ihm für die Zukunft, Fremde zuzulassen. Einer dieser Fremden, Jawistowski, befand sich inzwischen gerade in dem Stall. Der Pächter teilte ihm mit, daß er auf Anweisung des Verwalters nichts mehr unterstellen dürfe. Jawistowski war darüber aufgebracht, folgte Wolf und seiner Frau nach dem Hauskur und stellte ihn über sein Verbot hart auf Rede. Während des Wortwechsels, der hieraus entstand, kam Lufzack von der Straße her dazu. Er war etwas angegriffen und sprang sofort seinem Freunde Jawistowski bei. Hierbei suchte er fortwährend mit den Fäusten dem Verwalter vor dem Gesicht herum. Während sich immer mehr Menschen ansammelten, kam plötzlich Frau Wolf zu Fall. Auch Lufzack stolperte und fiel über die Frau zu Boden. Wolf und ein Weiber des Hauses sprangen jetzt auf Lufzack zu und rissen ihn von der Frau weg. Nunmehr schickte Wolf seine Frau zur gegenüberliegenden Reiterwache, um polizeilichen Schutz zu holen. Lufzack und Jawistowski drangen jetzt mit geballten Fäusten und unter schweren Drohungen auf Wolf ein. Als sie ganz nahe gekommen waren, zog der Bedrohte seine Pistole und gab erst einen Schreckschuß in die Luft ab und feuerte, als die beiden weiter auf ihn eindrangten, zweimal auf seine Angreifer. Der erste Schuß traf Jawistowski in die Lunge. Lufzack erhielt einen zweiten Schuß in das Herz und sank sofort tot zu Boden. Jetzt kamen die von der Frau gerufenen Beamten der Schutzpolizei herbei. Sie nahmen Wolf in Gewahrsam. Ein großer Teil der angesammelten Menge nahm gegen den Hausverwalter Stellung. Das Ueberfallkommando verhandelte jedoch einen Angriff. Kriminalkommissar Buch vernahm noch einige Zeugen. Die Leichen der beiden Erschossenen sollen obduziert werden. Wolf blieb vorläufig noch in Gewahrsam.

Auch eine Wirkung des Beamtenabbaues.

Folgender Fall wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugewandt: Am Freitag, den 1. August 1924, in der Zeit zwischen 7-7.30 Uhr vormittags, fiel ein bei der Firma Lorenz AG. Beschäftigter infolge Unwohlseins (Schwindelanfall) von der vorderen Plattform eines in Richtung nach Tempelhof fahrenden Straßenbahnwagens. Er fiel so unglücklich auf die Bordwand, daß er sich schwere Verletzungen am Kopfe zuzog. Hilfsreiche Passanten nahmen sich seiner an und schafften ihn nach dem in der Nähe liegenden Militärlazarett Tempelhof. Hier war es nicht möglich, einen Arzt aufzutreiben. Nach langer Zeit wurde dann endlich den Passanten mitgeteilt, daß im Lazarett keine Hilfe mehr geleistet werden könne, weil hierfür keine Bezahlung erfolge. Aus Grund dieser Mitteilung sahen sich die hilfsreichen Passanten gezwungen, den Verunglückten zu einem Privatarzt zu bringen, der infolge glücklicher Umstände bald erholte und die erste Hilfe leistete. Zwischen Unglücksfall und erste Hilfe liegt ein Zeitraum von mehreren Stunden. In Tempelhof und Mariendorf liegen eine Anzahl von Betrieben. Es herrscht in den Morgen- und Nachmittagsstunden sehr starker Verkehr. Es macht sich daher notwendig, diese katastrophalen Zustände, die nicht vereinzelt dastehen, durch Wiedereröffnung der jetzt abgebauten Unfallstation zu beseitigen.

Soweit die Zufahrt, aus der man erfahren kann, wie die Sparmaßnahmen des Berliner Magistrats sich praktisch auswirken: Sanierung des Stadtkades auf Kosten der Allgemeinheit.

Menschenjagd am Schlesiischen Bahnhof.

Unter dieser Ueberschrift haben wir in Nr. 314 des „Vorwärts“ vom 6. Juli einen Artikel veröffentlicht, der das unläutere Gebaren einer gewissen Sorte von Stellenvermittlern mitteilern geißelte und sich namentlich mit den wilden Stellenvermittlern beschäftigte. Der Verband der deutschen Stellenvermittler läßt es sich nun etwas kosten, alarmiert einen Rechtsanwalt und fordert uns auf Grund des § 11 des Reichspressgesetzes zu einer Berichtigung auf. Wir verstehen diese Erregung nicht. Wir haben niemand mit Namen genannt und nur die unläuteren Elemente unter den Stellenvermittlern gebannt. Der Verband aber hat doch hoffentlich keine unläuteren Mitglieder in seinen Reihen! Die sogenannte Berichtigung aber, die uns der Verband übersendet, ist gar keine Berichtigung, da sie von Dingen spricht, die wir gar

nicht behauptet haben. Trotzdem diese „Berichtigung“ dem Pressegesetz nicht entspricht, wollen wir doch aus freier Willensäußerung dazu bemerken, daß 1. Stellenloses Personal häufig genug in Stellenvermittlern übernachtet, daß 2. Stellenvermittler — das heißt konzeptionierte sind, haben wir nicht behauptet — das Menschenmaterial durch Schlepper zusammensuchen. Wir wollen aber glauben und dieses hier ausdrücklich feststellen, daß konzeptionierte Stellenvermittler nicht höhere Gebühren nehmen, als das Gesetz es erlaubt und auch sonst nicht gegen die Paragraphen verstoßen. Wenn der Verband uns im übrigen mitteilt, daß er selbst bei den Strafbehörden und Aufsichtsämtern die vielen Auswüchse der Stellenvermittlung bekämpft, so nehmen wir das zur Kenntnis und sind erfreut darüber.

Auf der Spur eines Totschlägers.

Ein schweres Verbrechen wurde in der Nacht vom 20. zum 21. November 1922, in der Dienstadt vor Bußtag, auf dem Gelände der Borst-Werke in Tegel verübt. Hier stieß der bei den Berlin angelegte Wächter Joseph Ehlerz an der Ecke der Schöneberger Straße und Krupp-Allee auf einen Dieb, der einen mit gestohlenen Metall gefüllten Sack über den Bauzaun gemorjen hatte und dann selbst herübergeklommen kam. Als Ehlerz ihn sah, verlegte sich der Metalldieb zum Schein aufs Bitten und bot ihm Geld an, damit er ihn laufen lasse. Der Wächter lehnte das ab. Ohne daß er es merkte, hatte der Verbrecher unter dessen einen Pistole gezogen, eine Selbstkilledepistole, Kaliber 7,63 Millimeter. Während er dann den Wächter immer um seine Freilassung bat, schoß er ihm plötzlich eine Kugel in den Leib und verlegte ihn so schwer, daß er im Krankenhaus starb. Die Ermittlungen ergaben, daß nachmittags bereits drei Männer in der Nähe des Latories beobachtet worden waren. In der Nacht wurde dann von dem Bauplan der neuen Reflektierstraße zwischen der Egestraße und der Krupp-Allee ein dort aufgestellter Gleichstrommotor, Fabrikat AEG, 4 PS, 220 Volt, Nummer 1145 120, wahrscheinlich von diesen drei Männern gestohlen, zu denen auch der gehörte, der den Wächter erschoss. Die Ehlerz noch angeben konnte, war ihm dieser Mann wohl dem Ansehen, nicht aber dem Namen nach bekannt. Er muß mit der Verlässlichkeit genau vertraut gewesen sein. Neu aufgetauchte Spuren in dieser Richtung werden jetzt von der Kriminalpolizei verfolgt. Für die Aufklärung des Ueberfalles und der Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 2000 Goldmark ausgesetzt. Zweifelhafte Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, nimmt unter Hinweis auf diese Belohnung Kriminalkommissar Geißel im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 195, entgegen.

Selbstmord einer verlassenen Braut.

In der in einem Stifts-Hause in der Hoffmannstraße in Treptow belegenen Wohnung eines Stadinspektors wurde früh die Leiche eines jungen Mädchens, das sich durch Krugbier vergiftet hatte, gefunden. Die Leiche muß, da der Wohnungsinhaber verweist, hier schon mehrere Tage gelegen haben. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die tote die frühere Braut des Stadinspektors ist. Das Verhältnis hatte fünf Jahre bestanden und war dann gelöst worden. Nach längerem Suchen fand man einen Hochschiffel, mit dem die verlassene Braut sich Zutritt zu der Wohnung des ehemaligen Bräutigams verschafft hatte.

Auch eine Erinnerungsfest!

Der Rationalverband deutscher Offiziere fühlt das Bedürfnis, die zehnjährige Wehrwehr der Andenken der „großen Zeit“ in seiner Weise zu feiern. In einem Rundschreiben der Ortsgruppe Wilmerdorf des Offizierabundes heißt es: Am 8. d. M., 8 Uhr abends, wird der Rationalverband deutscher Offiziere aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Mobilisierung 1914 eine große Kundgebung im Berliner Konzerthaus, Mauersfr. 82, gemeinsam mit allen nationalen Offiziers- und Soldatenverbänden veranstalten. Wenn man statt des Wortes national, in dem obigen Zusammenhang gebraucht, die Worte monarchistisch-reaktionär setzt, dann ist man sofort im Bilde.

Einheitsfront der deutschen Mieterchaft.

Die Zerspaltung der deutschen Mieterorganisationen hat die Mieterbewegung sehr geschadet. Die unfruchtbaren inneren Kämpfe zwischen den beiden größten Organisationen, dem Bund deutscher Mietervereine (St. Dresden) und dem Deutschen Mieterbund (St. Berlin) lenken von den großen gemeinsamen Mieterfragen ab und lähmen die Schlagkraft. Erfreulicherweise ist nunmehr die Einigung zustande gekommen. Die Verwirklichung soll auf dem demnächst einzuberufenden Bundestag durchgeführt werden, um mit der geschlossenen Front gegen den von der Münchener Hausbesitzerliga aufgenommenen „konzentrischen“ Angriff auf die Mieterschutzgesetzgebung gesichert zu sein.

Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Berlin. Zu der am 11. August stattfindenden Kundgebung im Lustgarten treffen sich die Sängerbüder zum Massenschon an der Ruineumsreitreppe pünktlich 6 1/2 Uhr. Der Sängervorstand des Arbeiter-Sänger-Bundes, J. U. Schneider.

Ein schauriger Fund beschaffte, wie wir mitteilen, seit Anfang Juli die Kriminalpolizei. Am 4. Juli fand man an der Ecke der Dieffenbach- und Grimmstraße in ein blutiges Latex eingewickelt ein vollständiges Bettzeug, das mit Blut ganz durchtränkt war und an dem auch einige Fleischstücke klebten. Die Angelegenheit ist als verhältnismäßig harmlos aufgeklärt worden. Das Bettzeug stammte aus dem Nachlaß einer 36-jährigen verstorbenen Trinkerin, deren Tod erst entdeckt wurde, nachdem die Verstorbene 12 Tage in ihrer Wohnung gelegen hatte. Daher die anhaftenden Fleischstücke. Ein Kutscher war beauftragt worden, das Bettzeug abzuholen, und da es einen unerträglichen Geruch verdrückte, hatte er sich seiner unterwegs entledigt.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, 12. Bezirk, weist seine Mitglieder auf diesem Wege darauf hin, daß die am 30. Juli hier veröffentlichte Aufforderung zur Annahme für die Freidenker-Jugendweih nichts mit dem 12. Bezirk des Vereines der Freidenker für Feuerbestattung zu tun hat. Die genauen Adressen werden nach erfolgter Veröffentlichung mit den beteiligten Organisationen rechtzeitig in dem Bezirk bekanntgegeben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin. Einsehungen für diese Rubrik sind bei den Parteibüros zu richten. 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

45. Abteilung, Freitag, den 8. August, 1/3 Uhr wichtige Funktionärssitzung bei Reich, Wiener Str. 22.

Sport.

Houben schlägt Paddock über 100 Meter.

Auf dem internationalen Sportfest, das gestern abend auf dem Reichssportplatz in der Seidlichstraße stattfand, starteten gestern zum erstenmal nach dem Kriege auch Amerikaner. Der deutsche Reiter Houben erzielte einen Sieg im 100 Meter Lauf über die amerikanischen Sprinter-Helden Paddock und Rughan. Dagegen wurde Houben in 200 Meter Lauf nur Dritter. Die Zeit von Houben über 100 Meter war 10,8 Sekunden, die Zeit von Paddock über 200 Meter 21,4 Sekunden. Das ist die schnellste Zeit, die bisher auf einer Kurvenbahn für diese Strecke zurückgelegt wurde. Ein americeis Dreizehn bildete der 800 Meter Lauf, in welchem der Amerikaner Kelly den Schweizer Martin nur um Bruchteile niederrängen konnte. Die beiden Staffeln gemannen die Amerikaner, indem sie die Vereinsstaffel über 4 mal 100 Meter dem deutschen Sportklub und über die Scheibstaffel eine kombinierte deutsche Mannschaft auf den zweiten Rang verwiesen. In der Staffel verloren die Deutschen durch schlechten Startwechsel den sicheren Endkampf.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Einheitsfront-Parole.

Zur Taktik der „Eroberer“.

Die Einheitsfront der freigestellten Arbeiterbewegung in Deutschland war so lange selbstverständlich und unumstritten, als die Kommunistische Partei und ihre sogenannte Zentrale, die Filiale der Moskauer Bolschewizenzentrale in Deutschland, noch nicht existierten. Diese Einheitsfront konnte von den Kommunisten nur deshalb zerrüttet werden, weil mit dem plötzlichen Zustrom der unorganisierten Massen zu den Gewerkschaften nach dem Kriegsende eine große Verwirrung entstand, die sich einmal aus der Existenzunsicherheit und Erwerbslosigkeit ergab, weiter aber aus der vollständigen Unkenntnis der gewerkschaftlichen Grundzüge und der gewerkschaftlichen Taktik und dem Mangel an gewerkschaftlicher Schulung und Disziplin. Die Gewerkschaftsführer, die sich den Gewerkschaftskampf zur Lebensaufgabe gemacht hatten, wurden der Masse als „Sozialverräter“ und „Bonzen“ denunziert, die jeden Erfolg der Gewerkschaften im Wege ständen und deshalb beseitigt werden müßten. Damit begann die kommunistische Einheitsfrontaktion. Die Gewerkschaftsmitglieder brauchten sich nur der kommunistischen Partei anzuschließen und den Befehlen aus Moskau zu gehorchen, dann war die neue „Einheitsfront“ hergestellt.

Das Ergebnis der kommunistischen Aktion zur Eroberung der Gewerkschaften führte jedoch dazu, daß die Mehrzahl der neuen Mitglieder ebenso rasch wieder aus den Gewerkschaften vertrieben als sie gekommen war. Die KPD gab ihre Freude darüber unverhohlen Ausdruck. Allein ihre Spekulation, die Fahnenklüftigen für besondere kommunistische Gewerkschaften zu gewinnen, erwies sich als verfehlt. Die früheren Unorganisierten und Gelben, denen die Kommunisten die kurze Mitgliedschaft in den Gewerkschaften nach allen Regeln ihrer Kunst gründlich vererbt haben, wollten von der Zahlung von Gewerkschaftsbeiträgen nichts mehr wissen. Die kommunistischen Gewerkschafts„wärtner“, die eigene Läden der Ausschloßenen aufmachten in der Erwartung, daß die Masse der „Oppositionellen“ ihnen zustromen werde, blieben hübsch unter sich.

Nach den verschiedenen kommunistischen Perdekuren in der Gewerkschaftsbewegung kamen die KPD-Anhänger schließlich wieder zum Ausgangspunkt ihrer Taktik, die Gewerkschaften „auszuheben“, sie von innen zu erobern. Daß die Parole der „Einheitsfront“ der Gewerkschaften, die die Kommunisten zur Förderung ihrer Pläne ausgaben, durch und durch verlogen war, daß sie entgegen dieser Parole die Gewerkschaften schädigen, wo und wie sie nur können, hat nachgerade auch der Einfältigste erkannt. „Einheitsfront“ — wenn die Gewerkschaften sich der Moskauer Diktatur der Sowjets und Bolschewisten unterordnen. Wo nicht — Zerstörung der Gewerkschaften.

Die kommunistische Einheitsfrontkluge verfehlt ihre Wirkung. Die Moskauer „Gewerkschaftsinternationale“ will nun die „Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung“. Auf ihrem Kongreß hat diese „Rote Gewerkschaftsinternationale“ eine der üblichen Resolutionen russischen Formats und Inhalts gefaßt.

„Ohne auch nur für einen Augenblick seinen entschiedenen Kampf gegen jedwede Verhinderung des Reformismus in der internationalen Arbeiterbewegung einzustellen, stets bestrebt sein verächtliches Wesen schonungslos zu enthüllen... betrachtet es der dritte Kongreß als dringlichste Aufgabe... eine großzügige Kampagne unter den Arbeitermassen für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu entfalten.“

Nachdem die „großzügigen Kampagnen“ in den einzelnen Ländern nicht den gewünschten Erfolg hatten, will man die Kampagne auf die Amsterdamer Internationale konzentrieren. Es wird eine Lügenkampagne gleich den Einzelkampagnen gegen die Gewerkschaften. Voraussetzung internationaler Verständigung und Vereinigung ist nationale Verständigung und Vereinigung. Es ist ein Un Ding, Gewerkschaftsgruppen international vereinigen zu wollen, die sich in den einzelnen Ländern feindsch gegenüberstehen, so feindsch wie die Moskauer Diktaturzentrale und ihre Filialen in den einzelnen Ländern sich gegen die Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung eingestellt haben.

Wir segneten den Tag, an dem die Einheitsfront der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern und damit auch international wiederhergestellt wäre. Wir hoffen trotz aller kommunistischen Quertreibereien, daß dieser Tag einmal kommen wird, weil er kommen muß. Er kann so lange nicht kommen, so lange sich die Herrschenden in Rußland anmaßen, die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt ihrem Kommando zu unterwerfen, die Gewerkschaftsbewegung lediglich als Werkzeug ihrer politischen Weiterverwirklichung zu betrachten. Die Moskauer Bonzen denken noch nicht daran, von ihrem Standpunkt abzugeben. Sie spekulieren darauf, daß in der Amsterdamer Internationale ein Mann, dem das Herz mit der Ueberlegung durchgeht, starken Einfluß hat. Sie spekulieren auf die Ehrlichkeit dieses Mannes, den sie samt seinen Anhängern durch ihre Lügenmethoden zu überführen hoffen.

Mit Leuten, die die Lüge als vornehmstes Kampfmittel in ihrem größtmöglichen Fanatismus betrachten, denen Manneswort und Unterschrift nichts gilt, denen die Interessen der großen Masse nicht gelten, denen nichts gilt als die Propaganda für ihre unreisen verfallenen Pläne, mit solchen Leuten ist ein Zusammengehen Selbstmord.

Mit der russischen Arbeiterschaft in ihren Entscheidungen frei, dann ist die Zeit der Verständigung gekommen und diese Verständigung wird leicht sein. Es bedarf dann keiner Parolen und Kampagnen. Einer ehrlichen Aussprache gelingt dann, was der ganzen Moskauer Lügenkampagne trotz aller Zellen und Reihen niemals gelingen wird — die Einheit der freien Gewerkschaftsbewegung national und international wiederherzustellen.

Die Lage der Kurzarbeiter.

Die Lage der Kurzarbeiter ist in den letzten Wochen überorts unerträglich geworden. Es ist geradezu ein Skandal, daß stellenweise Kurzarbeiter bei einem Verdienste, der niedriger als die Erwerbslosenunterstützung ist, auch noch

Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung abliefern sollen. Die Kurzarbeiterfrage schreit geradezu nach einer Lösung. Der Reichstag hat bekanntlich die von den Sozialdemokraten zur Kurzarbeiterfrage gemachten Vorschläge abgelehnt und einen Antrag der bürgerlichen Mittelparteien angenommen, der von der Reichsregierung fordert, im Zusammenwirken mit den Ländern die Gemeinden zu verpflichten, den notleidenden Kurzarbeitern besondere Fürsorge zuzuwenden und besonders belasteten Gemeinden die erforderlichen Mittel durch Abzweigung aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge zuzuführen und die dazu notwendigen Maßnahmen mit größter Beschleunigung zu treffen.

In Anschluß an diesen Antrag hat das Reichsarbeitsministerium jetzt eine Verordnung fertiggestellt, damit durch Regelung der Finanzfrage den Kurzarbeitern wenigstens einigermaßen eine Erleichterung zuteil werden kann. Die Verordnung ist bereits mit den Ländern durchberaten. Der Reichsfinanzminister hat sich mit dem Grundgedanken der Verordnung schon seinerzeit bei den Beratungen im Reichstage einverstanden erklärt. Die Verordnung wird am kommenden Montag bekanntgegeben und tritt am 17. August in Kraft.

Abgelehnter Schiedsspruch für die Textilarbeiter.

Nachdem die Unternehmer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt hatten, weil ihnen 8 Proz. Lohnerhöhung zu hoch dünkte, fand die Verhandlung vor dem Schlichter statt. Die Unternehmer konnten nicht absegnen, daß mehrfach die jetzigen Preise für Textilwaren 100 und mehr Prozent höher sind, als in der Vorkriegszeit; trotzdem beharrten sie auf ihrem Standpunkt, nicht einen Pfennig Lohnzulage zu gewähren. Wegen die armen ausgebeuteten Textilarbeiter teilen gehen, wenn sie hungrig sind. Der Schlichter gab sich die edelstehende Mühe, eine Einigung zu schaffen, aber auch kein Liebeswerben fand bei den hartgefügten Unternehmern keine Gegenliebe. Er machte nachstehenden, für die Unternehmer sehr appetitregenden Vergleichsvorschlag: Die 8 Proz. sollten um die Hälfte, das heißt auf 2 Pf. erniedrigt werden. Nachdem die Unternehmer auch dieses ablehnten, lehnte der Schlichter die Verbindlichkeitserklärung ab.

In Anbetracht der so äußerst niedrigen Löhne ist dieses höchst bedauerlich und nach unserem Ermessen nicht zum Wohle der Allgemeinheit. Wenn einzelne Unternehmen nicht ergebnislos sind, sollen sie verschwinden, das wäre für die Gemeinwirtschaft besser, als wenn tausende Arbeiter bei ihrer Arbeit wegen zu niedriger Entlohnung nicht ergebnisfähig sind. Die jetzigen Löhne in dieser Norddeutschen Textilgemeinschaft betragen für männliche Arbeiter von 14 Jahren 14 Pf., steigend bis auf 35 Pfennige für Arbeiter über 20 Jahre. Die Löhne der Arbeiterinnen sind um 25 Proz. niedriger. Die Kollegenchaft wird erjucht, sich in der Geschäftsstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes nähere Informationen und Verhaltensmaßregeln zu holen.

Gewerkschaften und Republik.

Die soeben erschienene „AZ-Bundeszeitung“ vom 1. August 1924 bringt unter der Ueberschrift „Angestellte, schützt die Republik“ den Gründungsauftrag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit einer einleitenden Erklärung des AZ-Bundesvorstandes, aus der hervorgeht, daß der Allgemeine freie Angestelltenbund als die erste der Gewerkschaftsgruppen offiziell die Förderung der Bewegung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beschlossen hat. In dem Aufruf, der sich an die Kriegsteilnehmer und Republikaner wendet, wird erklärt:

„Aus den Kreisen unserer AZ-Bewegung ergehen an uns immer wieder Anfragen, ob denn gegenüber den politischen Gewalttätigkeiten und der zerschenden Tätigkeit anstrepublicanischer Banden keine Möglichkeit bestehe, auch die den arbeitenden Volksschichten angehörenden Republikaner zur organisierten Abwehr zu vereinen. Wir haben selbst an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die deutsche Republik nicht zuerst die Entrechtung und Unterdrückung der Angestellten, Arbeiter und Beamten zum Ziele hat. Unser AZ-Bund hat deshalb auch stets in vorderster Reihe gestanden, wenn es galt, für die demokratische Republik und gegen die Wiederherstellung des Absolutismus in Staat und Wirtschaft einzutreten. Die Organisierung der gegen die Faschisten notwendigen Abwehr geht an sich über den Rahmen unserer gewerkschaftlichen Bewegung hinaus. Wir bringen daher den Aufruf zum Ausdruck, mit dem sich die in den letzten Monaten impulsiv erwachsende besondere Organisation des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ an alle aufrechten und ehrlichen Republikaner wendet. Wir bemerken noch besonders, daß dieser republikanische Bund Angehörige aller politischen Parteien umfaßt, soweit sie nicht direkt im Lager der Faschisten auf der äußersten Rechten und Linken stehen. Wir empfehlen den Aufruf der Beachtung unserer Ortsteile und der AZ-Mitgliedschaften.“

Wenn auch die übrigen Gewerkschaftsrichtungen sich in ähnlicher Weise mit der Bewegung der deutschen Republikaner solidarisieren, woran nicht zu zweifeln ist, dann dürfte die Reichsbannerorganisation in kürzester Zeit eine unüberwindliche Macht darstellen.

Verbandstag der Feuerwehrlente.

Leipzig, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrlente hält in der Zeit vom 6. bis 8. August im Leipziger Volkshaus seinen 10. Verbandstag ab. Der Vorsitzende Weilmayer eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung und sprach den Wunsch aus, daß der Verbandstag seine Aufgaben zum Nutzen der Berufsfeuerwehr und der freien Gewerkschaftsbewegung erledigen möchte. Es folgten die Begrüßungsansprachen der Vertreter der in- und ausländischen Organisationen, u. a. von Rüntner, Vorsitzender des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Altmisch von der österreichischen Organisation und Ipsen für die dänischen Feuerwehrlente.

Als Vorsitzende wurden Hanebein-Bremen und Kunkel-Wagdeburg gewählt. Im Geschäftsbericht, der von Weilmayer gegeben wurde, kam zum Ausdruck, daß auch die Berufsfeuerwehr, genau so wie alle anderen Arbeiterorganisationen, unter dem Druck der Wirtschaftskrise schwer zu leiden hatte. Die Frage des Wacht-

dienstes ist immer noch das Kampfbild. Nur in wenigen Orten ist es gelungen, den Wachtdienst auf 24 Stunden herabzusetzen. Viel hängt von der Einsicht und der Zusammenhänge der Gemeindebehörden ab. Aber die Feuerwehrlente müssen auf der Wacht sein, um das Ertrugene festzuhalten, damit die reaktionären Maßnahmen mancher Städte zuhause werden. Der Redner erinnerte daran, daß z. B. in Königsberg seit dem 1. März der 48stündige Wachtdienst wieder eingeführt ist. Auch die Befoldungsfrage war oft heiß umstritten. Das Befoldungssperregesetz erwies sich nur als ein Hindernis. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte die Frage des Ertrages der Schutzkleidung.

Dem Verbandsauschuß sind keine Beschwerden zugegangen. In der äußerst sachlichen Aussprache wurde die Tätigkeit des Verbandsvorstandes kritisiert. Die Berliner Organisation schickte einen Kommunisten vor, der in einer längeren Rede die bekannnten kommunistischen Parolen zum besten gab. Durch die Ausführungen eines Königsberger Delegierten wurde der Verbandsvorstand wesentlich entlastet. Auch die Genossen Neumann und Falkenberg (vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund) zeigten, daß der kommunistische Redner wohl kritisieren könne, aber vergaß, einen besseren Weg zum Vorwärtskommen zu weisen.

Damit schloß der erste Verhandlungstag.

Wirtschaft

Eine leere Drohung.

Seitdem die Agrarierkollaboranten merken, daß ihre Propaganda keineswegs so überzeugend auf die Desinfiziertheit wirkt, wie sie es wünschen, werden sie nervös und ungeduldig. Sie fangen daher zu drohen an. So erklärt die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern, ohne Agrarrollen sei die Extensivierung der deutschen Landwirtschaft unvermeidlich. „Die endgültige Klärung der Frage, ob die weitere Propagierung intensiver Wirtschaft noch verantwortet werden kann“, so erklärt die Landwirtschaftskammer, „hängt ganz davon ab, wieviel auf dem Gebiete der Steuer- und Kreditwesens eine Regelung stattfindet, die in nächster Zukunft eine wesentliche Erleichterung bedeutet.“

Die Agrarier drohen also mit dem Uebergang zur extensiven Wirtschaft. Wen wollen sie damit schrecken? Sie wissen doch selbst ganz gut, daß sich die Landwirtschaft mit dem Uebergang zur extensiven Wirtschaft nur ins eigene Fleisch schneidet. Es muß sich erst noch zeigen, ob auch die Betriebskosten zugleich mit Produktion und Umsatz zurückgehen.

Was der Landwirtschaft helfen kann, ist nach wie vor in erster Linie die Herabsetzung der Industriepreise. Das ist bei den Besprechungen und Beratungen über die Schutzollfrage in verschiedenen Körperschaften selbst von landwirtschaftlicher Seite hervorgehoben worden. Es gibt eben auch bei den Landwirten kühle Köpfe, die ganz genau wissen, daß ein Plus, das durch den Agrarroll herinkommt, durch die mit dem Zoll verbundene allgemeine Verteuerung wieder aufgefressen wird. Statt die Bestrebungen der Arbeitnehmer zur Brechung des Preisdrucks der Industrie zu unterstützen, verbünden sich die Agrarier mit den Industriellen, um durch hohe Zölle und Leuerung der deutschen Volkswirtschaft in der Exportfrage, in der Handels- und Zahlungsbilanz das Leben völlig unangenehm zu machen.

Schnuggel an der Zollgrenze. Die Befehlshaber der Zollgrenze des Ruhrgebietes eine Zollgrenze auf der linken Seite geschaffen, die sich etwa 10 Kilometer von der ersten Grenze des besetzten Gebietes aus erstreckt, erstreckt. Der Warentransport muß mit einem Passierschein versehen sein, mit Ausnahme von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus den Betrieben des Zollgebietes und solcher Waren, die den Zollbestimmungen nicht unterliegen.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Laut „Iswestija“ hat die Staatshandelsgesellschaft für das Nordwestgebiet ihren Handelsapparat wieder auf Deutschland eingestellt.

Nach einer Meldung des gleichen Blattes hat der ukrainische Außenhandelsbevollmächtigte die Berliner Handelsvertretung angewiesen, alle während des Konflikts getroffenen Maßnahmen aufzugeben.

Reorganisation der Preisprüfungsstellen. Eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Verordnung sieht eine Neuorganisation und Umgestaltung der mittleren Preisprüfungsstellen vor. Die Preisprüfungsstellen in Potsdam, Frankfurt a. O., Erfurt, Halle, Stade, Aurich, Trier, Aachen und Koblenz werden eingezogen. In jeder Provinz soll grundsätzlich nur eine mittlere Preisprüfungsstelle bestehen bleiben, die die allgemeine Beobachtung des Wirtschaftslebens, soweit es durch die Preisentwicklung für Güter und Leistungen beeinflusst wird, zur Hauptaufgabe haben. Neu ist weiter, daß die mittlere Preisprüfungsstelle beim Polizeipräsidenten Berlin als Vermittlungsstelle familiärer gleichartiger Instanzen in der Provinz dienen soll. Sie wird in räumlicher Gemeinschaft mit der Abteilung W des Polizeipräsidenten arbeiten. Zu ihrer Leitung soll, um das wirtschaftliche Element besonders stark zu betonen, als Vertreter des Polizeipräsidenten ein wissenschaftlicher Volkswirt neben einem Juristen und außerdem je eine weitere kaufmännisch und landwirtschaftlich durchgebildete Arbeitskraft bestellt werden.

Ratifizierung der deutsch-österreichischen Verträge. Der bereits im vorigen Jahr zwischen Deutschland und Östern abgeschlossene Handelsvertrag ist, wie der Ost-Expres meldet, vorgestern vom österreichischen Parlament ratifiziert worden. Ferner ratifizierte das Parlament den Ausgleichsvertrag mit Deutschland, durch den beide Parteien auf einen Ersatz der aus der Kriegszeit stammenden Forderungen verzichten. Da der Deutsche Reichstag die Verträge schon Ende Juni dieses Jahres ratifiziert hat, so treten diese nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Catenas; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich; Kultur: Frick; A. S. Böhler; Solos; Sonstige: Fritz Reuß; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Verlags-Druck G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Jeder Herr erhält elegante Kleidung auf Teilzahlung zu streng festen billigsten Preisen ohne Aufschlag

im **Meyer's Kaufhaus** am Barbarossaplatz Eisenacher Str. 90-91

Spezialhaus für elegante Herren-Bekleidung Bester Maßsafs Feinste Schneiderarbeit

Nur 1/3 Anzahlung und kleine Abzahlungen Strengste Diskretion. — Lieferant vieler Beamtenvereine

Altes Spezialgeschäft in **Kamelhaar-Schlaf-Telle-Decken** Seidlingen Strümpfen Sries

billigste Tagesp. **Gebrüder Pflaum** Berlin SW. Friedrichstr. 205

50 Jahre lang

Berliner Elektriker-Gesellschaft angehd. dem Verb. sozialer Baubetriebe Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel

Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit

Bei Kurz-, April-Oktober. **Gicht** Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden

kurieren, weil über 30 Jahre bewährt

Eisenmoorbäd

Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle

Bahn Wittenberg-Eilenburg, Herrliche Waldgegend, Großes Kurhaus m. Versammlungsräumen f. Kongresse usw. Prospekt 66 gegen Rückporto durch städtische Badeverwaltung.

Keine Wanze mehr nach Gebrauch von Reichel's Wanzengeld „Käufel“, der Wanzen Argster Feind. Eine Flüssigkeit, die eine für Wanzen absolut tödlich wirkende Gaseart erzeugt und in die verborgenen Stellen, hinter Tapeten usw. eindringt, mit vernichtendem Recht auch die sonst nicht erreichbaren Drüsen zerstört abtötend. Größe II 2. 0,75 Gr. III 1. 1,40 Gr. IV 1. 2,50 Gr. V 1. 4,00 Gr. VI 1. 6,00 Gr. VII 1. 8,00 Gr. VIII 1. 10,00 Gr.

Erhältlich in Drogerien, aber nicht mit der beschriebenen Stärke

Tod und Teufel Welt billiger als im Laden

Trauringe direkt ab Fabrik an Private

Massiv gold. Ring 2,60 M. 365 gest. Ring 4,40 M. 300 gest. Ring 6,00 M.

Schneider & Sohn Französische Str. 15, II. u. III. Etage

Gabardine 130 br. r. Wolle 8,50 M., 9,75 M. Kostum-, Kleider-, Futterstoffe bedeutend unt. Preis.

Haarpuder Schöneberg, Goltzstr. 2 a. d. Grunewaldstr.

Dezimalwagen Tafelwag., Gewichte, billige Preis, 6 und 12 Pf.

Georg Wagner Köpenicker Str. 71

Keine Schaufenster-Reklame, dafür we-sentl. billiger Preis

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjacken aus reiner Wolle in allen Farben, sowie **Blusen** kaufen Sie am besten und billigsten **direkt vom Fabrikanten** Wiederverkäufer u. Sportvereine erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf

Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Belub. 1 G.-M., b. Bestelle. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hafvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee. Vorzeiger 10% Rabatt.